

Die „Volksstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Feiertagen.

Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.

Für den Inseratenteil:
Carl Bantau, Magdeburg.

Berlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.

Geschäftsst.: Schmiedehoffstr. 5/6

Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg

Vertriebs- und Anschlag
Nr. 1587, Amt I.

Volksstimme

Prämien und zahlbarer
Abonnementspreis:
Bieteljähr. inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Bestellgeld,
Eingelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeltungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Seite.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 165.

Magdeburg, Donnerstag, den 18. Juli 1895.

6. Jahrgang.

Parteigenossen!

Auf unserem letzten Parteitag in Frankfurt a. M. wurde Breslau als der Ort bestimmt, an welchem unser nächster Parteitag stattzufinden habe.

Nachdem es nun unseren Breslauer Genossen gelungen ist, ein geeignetes Lokal zu beschaffen, so hat die Parteimitting in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den

diesjährigen Parteitag

auf die Tage vom

6. bis 12. Oktober 1895 nach Breslau

zu berufen.

Das Lokal, in welchem der Parteitag tagen wird, der Beginn der Vorversammlung, sowie die Tagesordnung werden später rechtzeitig bekannt gemacht.

Parteigenossen! Es ist der erste Parteitag, seitdem wir eine sozialdemokratische Bewegung in Deutschland haben, der im Osten des Reiches stattfindet. Dieser Umstand und der weitere, daß in Breslau „ruht was sterblich war von Ferdinand Lassalle“, dem Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins und unseres großen Vorkämpfers, sie werden unseren Genossen ein Ansporn sein, dafür Sorge zu tragen, daß der nächste Parteitag eine würdige Vertretung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein wird. Daß die geographische Lage Breslaus den Genossen im Süden und Westen des Reiches bei der Besichtigung größere Opfer auferlegt, wie wenn ein Ort in Mitteldeutschland gewählt worden wäre, darf kein Grund dafür sein, nunmehr den Parteitag späterlicher zu beschicken. Es handelt sich für die Partei um die Entscheidung und Beschlussfassung über höchst wichtige Fragen — es sei hier nur an die Agrarfrage erinnert —, und diese Entscheidungen können nur von einem Parteitag getroffen werden, auf dem alle Parteiorde entsprechend ihrer Stärke in unserer Bewegung vertreten sind.

Wir richten deshalb an die Parteigenossen das Ersuchen, überall rechtzeitig die Vorbereitungen zur Besichtigung des Parteitages zu treffen und besonders auch die an den Parteitag zu richtenden Anträge einer recht genauen Prüfung zu unterziehen.

Parteigenossen! In Breslau ruhen unsere verstorbenen Genossen und Vorkämpfer Ferdinand Lassalle, Paul Reinders, Julius Krüder und Max Kaiser, in Breslau sollen in diesem Jahre für die Weiterentwicklung unserer Partei entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. Parteigenossen, tragt dafür Sorge, daß der nächste Parteitag sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellt.

Berlin, den 15. Juli 1895.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Partei-Vorstand.

Parteigenossen!

Nachfolgend veröffentlichen wir die Programmvorschläge, welche die Agrarkommission dem Parteitag zur Beratung unterbreitet und die hiermit zur Diskussion der Parteigenossen gestellt werden.

Die Agrarkommission sah sich genötigt, um ihren Vorschlägen eine zweckmäßige Form zu geben, dieselben in den zweiten Teil des bestehenden Parteiprogramms einzuarbeiten. Die Abänderungen und Zusätze der Kommission sind durch fette Schrift hervorgehoben.

Die Agrarkommission wird unmittelbar vor dem Parteitag noch einmal zu einer Beratung zusammentreten, um an der Hand der geübten Kritik und der etwa gemachten Abänderungsvorschläge zu prüfen, ob und welche Abänderungen sie noch an ihrem Entwurf vornehmen und dem Parteitag zur Annahme empfehlen soll.

Der zweite Teil unseres Parteiprogramms soll nach den Vorschlägen der Agrarkommission folgende Fassung erhalten:

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlrecht; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Herre. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen. Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchsstationen; Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtspredung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese Steuern zu decken sind, und dementsprechende Befreiung aller Ertrags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern etc.). Selbstschätzungs-pflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

11. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommiss, Steuer-vorrechte usw.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herfließenden Lasten und Pflichten.

12. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums (Staats- und Gemeinde-Eigentums jeder Art, Allmend usw.), insbesondere Aneignung des Besitzes der toten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte usw. in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

13. Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindegüter auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich Beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

14. Staatskredit an Genossenschaften, die alle Zweifeltigen umfassen, oder an einzelne Gemeinden für Feldbereinigung, Bodenmeliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung.

Aneignung der Kosten für Ban und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich.

15. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.

16. Verstaatlichung der Mobilen- und Immobilien-Versicherung (Feuer-, Hagel-, Wasser-, Diebstahl-, Diebstahlversicherung usw.) und mögliche Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige.

Staatliche Hilfeleistung bei Notständen infolge verheerender Naturereignisse.

17. Unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenen Falles volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.

d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Trucksystems.

Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirtschaft.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt. Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern, sowie durch ein landwirtschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern.

Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Diensthöten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gefindeordnungen.

4. Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirtschaftliche Arbeiter, Diensthöten und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen.

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. Uebernahme und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen.

Berlin, Juli 1895.

Der Partei-Vorstand.

Politische und volkswirtschaftl. Heberheit.

Für ein neues Sozialengesetz begeistert sich in der Münchener Allgemeinen Zeitung ein „langjähriger höherer Verwaltungsbeamter“. In einem Artikel „Realpolitik“ will er den Nachweis führen, daß nach dem Scheitern des Umsturzes ein neues Ausnahmegesetz notwendig sei, wenn nicht der Umsturz demüßigt in das Deutsche Reich hiegezeit einzutreten solle. Die Betrachtungen dieses höheren Verwaltungsbeamten sind nichts weiter als zusammengestoppelte Befreiungen aus den Reden des Herrn von Köller und ähnlicher Erörterungen von gleicher Höhe der politischen Anschauung.

Auf eine Verfassungswidrigkeit im neuen preussischen Stempelsteuergesetz macht die Freisinnige Zeitung wie folgt aufmerksam: „Eine Tarifposition bezeichnet die Verleihung des Adels, der Freiherrnwürde, Grafenwürde, Baron- und Kürsternwürde als „Standeserhöhung“. Es ist das erste Mal seit Erlaß der Verfassungsurkunde, daß in einem Akte der Gesetzgebung der Adel als ein höherer Stand bezeichnet wird gegenüber dem Bürgertum.“ In der That widerstreitet das dem Artikel 4 der preussischen Verfassungsurkunde, nach welchem Standesvorrechte nicht stattfinden. Bei der Verfassungsberatung wurde auch ausdrücklich festgestellt, daß nach dem Wortlaut der Verfassung der Ausdruck „Erhebung in den Adelsstand“ nicht mehr gebraucht werden dürfe. Es ist also im Widerspruch hiermit, wenn im Stempelsteuergesetz von Standeserhöhungen bei Verleihung von Adelsprädikaten der verschiedenen Kategorien die Rede ist.

Das preussische Kriegsministerium hat bezüglich der aktiven Militärdienstzeit der Volksschullehrer endgültig bestimmt, daß bei Heranziehung derjenigen Lehrer, die bereits angestellt sind, in diesem Jahre noch nach den bisherigen Bestimmungen zu verfahren ist. Betreffs der noch nicht angestellten Lehrer ist bisher noch keine Festsetzung getroffen worden. Vom nächsten Jahre ab soll den Volksschullehrern die Möglichkeit des einjährig-freiwilligen Militärdienstes gewährt werden. Doch sind die deswegen eingeleiteten Verhandlungen, an denen auch die Schulverwaltungen beteiligt sind, bisher noch zu keinem Abschluß gelangt.

Der Pommerische Predigerverein hat in seiner jüngsten Jahresversammlung in Bezug auf den „Fall Rod“ folgende Resolution gefaßt: „Der Pfarrverein glaubte in dem Verfahren des Herrn von Thadden (des Patrons) und seiner Parteigenossen gegen Pastor Rod den Versuch zu erblicken, die dem Pastor das Recht zu beschneiden, daß er ohne Menschenfurcht und Menschengefälligkeit die Wahrheit nach allen Seiten hin zu vertreten habe.“

Im Wahlkreise Halle-Querfurt nimmt man an, daß Frhr. v. Hammerstein sein Reichstagsmandat für diesen Kreis niederlegen wird, da sich, wie die Rheinische Westfälische Zeitung angiebt, voraussichtlich seine konservativen Wähler von ihm lossagen werden.

Wie bisher, handelt es sich auch diesmal bei der Volkszählung nur um die Feststellung der ortsanwesenden Bevölkerung. Doch sind von den einzelnen Erhebungspunkten der Geburtsort, das Religionsbekenntnis, der Wohn- und vermutliche Aufenthaltsort für vorübergehend Anwesende und Abwesende unterschieden worden.

Bulgarien.

Attentat auf den früheren Premierminister Stambulow. Stambulow ist Montag Abend 8 Uhr auf dem Heimwege von vier Personen angefallen und durch Revolverschläge und Dolchstiche verwundet worden. Sein Zustand ist sehr ernst. Stambulow gilt als eifrigster Gegner des Russentums in Bulgarien.

der Heimkehr aus dem Union-Klub befunden, als sie von den Attentätern angegriffen wurden. Man vermutet, daß der Kutscher des Wagens, in dem sich Stambulow befand, Mitschuldiger des Attentats ist.

Wie das Neue Wiener Tageblatt aus Sofia erzählt, fand dort eine Sitzung des liberalen Kongresses statt unter Vorsitz des ehemaligen Ministers Konischew. Letzterer hielt eine große Rede gegen die russophilen Bestrebungen der jetzigen bulgarischen Regierung.

Türkei.

In der makedonischen Grenzstadt Uesküb fanden mehrere Verhaftungen bulgarischer Professoren, Lehrer und Geistlicher statt, die denen man Schriften fand, die den Bestand einer weltverbreiteten Verschwörung bestätigten.

England.

Bisher wurden gewählt: 172 Unionisten, 23 Liberale, 4 Barmeniten, 4 Antiparmeniten und 1 Kandidat der Arbeiterpartei. Die Unionisten gewannen 24, die Liberale 5 Sitze. Damit ist die liberale Mehrheit bereits gebrochen.

Japan.

Eine japanische Streitmacht von 7000 Mann ist von Luatulia in Nord-Formosa abgegangen, um die chinesischen Schwarzflaggen in Taiwanfu anzugreifen.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Zug von Steinsehern nach Hannover ist zu vermeiden, da die dortigen Kollegen in einer Bewegung um Lohnerhöhung stehen. Der Böttcherstreik in Halle hat 418,85 Mark gekostet, wozu der Centralverein der Böttcher 150 Mark beisteuerte.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Die ledige Anna B. aus Berlin hat in ihrer Thätigkeit als Wirtschaftlerin in

der Volksküche des hiesigen städtischen Krankenhauses in der Zeit vom 16. März 1894 bis 25. April d. J. circa 60-70 Pfund Fleisch unterschlagen und wird dafür mit 100 Mark Geldstrafe ev. 20 Tagen Gefängnis belegt. Die wegen Fehlerlei angeklagte L. sowie wegen Begünstigung beschuldigte Frau B. und deren Tochter werden freigesprochen.

§ Berlin. (Zur modernen Anwendung des „groben Unfugsparagrafen.“) Wer in Berlin mit Kirzchen, Kohl oder Kartoffeln im Umherziehen ein gutes Geschäft machen will, muß vor allem über eine gute Stimme verfügen, um sich den Hausfrauen gehörig bemerkbar zu machen.

§ Koblenz. (Spielen in auswärtigen Lotterien.) Nicht weniger als 7 Kollektoren von auswärtigen Lotterien, von Schwerin, Hamburg, Braunschweig, Gotha usw. waren zu der gestrigen Sitzung der Strafkammer geladen.

§ Mügenwalde. (Ein netter Arm der Gerechtigkeit.) Vor der Strafkammer in Stolp hatte sich der auf Probe angestellte Polizeiwärter Born wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten.

Fenilleton. (Rochard verfaßt.)

Ein Feld des Geistes und des Schmerzes.

Historischer Roman aus den Zeiten des deutschen Kaiserreiches von A. Ditts-Walzer.

„Ist ein rares Stück dieser Dold, ist aus Mailand, aus dem herzoglichen Hause der Sporza, wert unter Baldern seine 50 Goldgulden, soll sie aber haben für 20, weil ich nicht will Profit nehmen von dem edlen Beschützer, Herrn Generalobersten v. Wustrow.“

„Ja, von der Bezahlung sprechen wir ein andermal, Jude, aber was ist das, Hanslitz, kommt die Beronika nicht?“

„Das Fräulein jagte, sie möchte nichts von solchem Handel.“

„Möchte nicht,“ sagte Wustrow zornig, „ich will doch sehen, ob in meinem Hause jemand zu jagen hat, möchte nicht, möchte nicht; müßte doch der leibhaftige Salomons reiten, wenn jemand mit seinem, möchte nicht in meinem Hause Rebellion machen dürfte.“

„Der Däuis stolperte spottend davon und erfuhr nach langer Weile, während welcher die Gäste erwartungsvoll ihre Hampen leerten und zum erwaunten Heiler des Dieners zurückkehrten, ungesättigt das Fräulein Bodenwäcker hinter sich herziehend.“

„Alle erwiderte über das schöne Mädchen, dessen Augen, welche braune Seiden über das hochgehende zarte Angesicht fielen, während die hohe fröhliche Gestalt dem geschäftigen Herangehen den möglichen Widerstand entgegensetzte.“

„Der Wustrow Da her, hier schau! Du Du etwas aus, aber ich vergesse, daß Du ein Weib bist und sehr Dich vor als Rebellen an.“

„Ach, was, laß mich, Elender, der Du einen Weibe Gerack willst! Hier, ich verachte Dich vor Deiner Spitzigkeit, ich konnte Dich ansetzen.“

„Könnte! nimm das Wort zurück, sage Dich, sage Dich, aber ich.“

Es war ein entsetzlicher Anblick, den weingeröteten Graupfopf die gewaltige Faust gegen das in stolzer Majestät sich aufrichtende Mädchen erheben zu sehen.

Der zerlumpfte Knabe, welcher im Gefolge des Juden ging, hatte sich unterm Schutze der allgemeinen Verwirrung und Aufregung auf die eiserne Tafel geschwungen und sämtliche Richter ausgelöscht.

Wilbes Bärmen, Loben und Schreien, ein Drängen nach dem Ausgange war die unmittelbare Folge. Und als die Diener endlich mit Licht herbeieilten, hatten die Gäste nicht Eiligeres zu thun, als sich mit allen möglichen Entschuldigungen den Aufforderungen des Wirtes zum Dableiben zu entziehen und das fremde Haus des Herrn von Wustrow zu verlassen.

Bierwädriges Kapitel.

Auf dem Kriegspfad.

Als Jullier am andern Tage nicht allzuzeitig auf seiner einsamen Lagerstatt im Giesmaroder Turme erwachte, hatte er Mühe, den Zeichen der Natur die Tageszeit abzulesen, denn das schöne Sommerwetter schien sich dem Herbst zugewandt, obwohl der September noch lange nicht herangebrochen.

Unser Held dachte über seine Abgesessenheit lächeln, trotz seiner wenig angenehmen Lage, und als er seine Glieder wieder an seinen Körper befestigt, sodann aus alter Gewohnheit ganz machtwort auch schon das Wehrgebiß ungeschürt hatte, was aus dem Turmluke heraus sah, meinte er:

„Heute kann ich mich vollständig abgeben von Gott und aller Welt betrachten, ohne Scheidewand, Nebel

und Regen; zweite Scheidewand: Wall und Graben, und hierzu die abgebrochene Verbindung zwischen mir und der Unterwelt. Wie schade, daß man nicht in Vorrat essen und trinken, nicht in Vorrat schlafen kann, das könnte den Menschen um ein Bedeutendes unabhängiger machen, als er bei aller Unabhängigkeit zu gewissen Zeiten sein mag. Ah, ich glaube, mancher Gelehrte würde da sich ganz und gar von der Welt zurückziehen, um ungestört seinen Träumereien und Grübeleien nachzuhängen, wo's ihm gerade paßt, und mancher, der jetzt sich weder Zeit zum Essen oder Trinken, noch zum Schlafen gönnen möchte, würde immer gerad' fort in die Welt hineinstürmen.

Jullier schritt sofort zur Befichtigung des Geschützrohrs und fand es auch, seiner Vermutung gemäß, geladen, die Lunte sorglich angelegt; mit Feuerstein und Stahl wurde bald der Funke des Prometheus erzeugt und der Funke mitgeteilt.

(Fortsetzung folgt.)

Tages-Chronik.

Magdeburg, 17. Juli 1895.

Zur Lage des Protestantismus in Magdeburg

Bringt die Kölnische Volkszeitung einen bemerkenswerten Artikel aus der Feder eines hiesigen Geistlichen. Es hat sich bisher noch kein Kirchenanhänger gefunden, der so offen herausragt: Der Protestantismus resp. die Kirche steht dem Sozialismus ohnmächtig entgegen, als es eben jener in der Kölnischen Volkszeitung thut. An der Hand des ersten Jahresberichts der inneren Mission legt er dies klar. Aus dem Bericht ergibt sich, daß in den Gemeinden Magdeburgs — außer Sudenburg, St. Jacobi, St. Katharinen, Heil. Geist und die reformierten Gemeinden — im Jahre 1893 geboren wurden von evangelischen Eltern 4804 Kinder, von welchen bis zum 1. März 1895 nachweislich getauft waren 3184; 689 waren ungetauft verstorben, 724 nachweislich ungetauft, bei 207 waren die Eltern verstorben und nicht mehr aufzufinden. In Prozenten: 69,5 Prozent getauft, 13 Prozent ungetauft verstorben, 6 Prozent verschollen, 11,5 Prozent ungetauft.

„Welche Aufgaben!“ so heißt es im Bericht der Inneren Mission dann wörtlich weiter. „Rechnen wir die ungetauften Söhne und Töchter der hiesigen Gemeinden hinzu, so scheint es eher zu niedrig als zu hoch geschätzt, wenn wir annehmen, daß aus dem Jahre 1893 tausend Kinder von evangelischen Eltern bis zum 1. März 1895 ungetauft geblieben sind. Welch ein Leidensgeschick wächst da aus einem Jahr in unserer alleinstehenden Stadt heran! Größer noch ist die Zahl der Trauungsmengen. In den oben erwähnten Gemeinden wurden 1893 totalisiert 995 evangelische Paare. Von diesen sind bis zum 1. März 1895 630 Paare (65 Prozent) kirchlich getraut worden, 145 Paare (15 Prozent) sind verstorben und verschollen. Diese Tauf- und Trauungsmengen sind keineswegs nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch der Handwerker, Kleinen Geschäftleute, Beamten bis in den Mittelstand hinein. Und woher diese massenhafte Versäumnis der kirchlichen Trauung? Nur selten begegnet man noch der leeren Auskunft: die Obrigkeit wünsche die kirchliche Trauung nicht mehr, weil sie die bürgerliche Eheverbindung einseitig habe. Denn mit dem Respekt vor der Obrigkeit ist es bei solchen Leuten vorbei. Wie wenig die häufig geübte Entschuldigung, daß sie aus Mangel an Mitteln unterblieben sei, ernst gemeint ist, beweist der geringe Einfluß, welchen die Aufnahme der Trauegebühren auf die kirchlichen Beirathungen gehabt hat. Es ist eben kein anderer Grund als die völlige Gleichgültigkeit gegen Gott den Herrn und seine Ordnung.“

Anschließend an diesen Bericht sagt dann der Artikelverfasser: „Dies ist gewiß richtig, aber die Hauptsache ist doch wohl die Erörterung der weiteren Frage, woher diese „völlige Gleichgültigkeit gegen Gott und seine Ordnung“ entsteht. . . Es ist nun eine gewöhnliche Klage „positiver“ Protestanten, daß der Protestantismus gerade so kalt, nüchtern und weißgetüncht, wie er von außen erscheine, auch von innen sich anlasse. Man geht in vielen Fällen nicht zur Kirche, weil man „ja schon weiß, was der sagt“. Da hört man z. B. die Worte: „Heute wird über die Auferweckung von Jarius' Tochterlein gepredigt; diese Geschichte habe ich schon vor 40 Jahren als zehnjähriger Junge in der Schule gelernt, weshalb soll ich das noch immer von neuem hören?“ Gar mancher, der keineswegs ein „Heide und Publican“ ist, vermisst in dem Kirchengehen den „moralischen Wert“. Wenn man nun aber auch nicht zur Kirche geht, so hat man von der ganzen „evangelischen Kirche“ nach den Klagen jener „positiven“ eigentlich nichts mehr. . . Aber nicht allein, daß der Protestantismus die Menschen unverantwortlich ernüchtert, er muß denkende Geister dann auch noch durch seine unheilbare Verwirrung und Zersplitterung völlig abstoßen. Die Religion ist keine Salonphilosophie, das Christentum wurde für alle gelehrt. Aber schon der Gymnasialschüler hört von dem Zwiespalt der Meinungen, dem Streit zwischen Orthodoxie und Liberalismus und vernimmt von dem Gegensatz zwischen der Lehre Ritsch's und der „Lehre“ — sit venia verbo — Stöcker's. Dadurch werden in das junge Herz schon in frühester Zeit die Keime des Zweifels gepflanzt, deren Frucht niemals wieder untergeht. Ich sprach eben von Gymnasialisten, allein — man sollte es kaum glauben — schon die Gemüther der Volksschüler sind tief von Skepticismus zerfressen, daher ist auch schon ein Jahr nach der Schulentlassung der „sozialdemokratische Arbeiter“ fertig. Mitten im protestantischen Lande steht man am besten, daß der moderne Protestantismus der atheisistischen und sozialdemokratischen Bewegung ohnmächtig und hilflos gegenübersteht. Seit einem Menschenalter ist es mit dem Protestantismus reißend bergab gegangen. Die „Bourgeoisie“ war ihm schon lange aus der Hand geglitten. Da fixierte der Atheismus in den Arbeiterstand durch, und die sozialdemokratische Bewegung begann. Die Gegeneinheit des protestantischen Kirchentums zeigt sich trotz allem guten Willen völlig erfolglos; die Stimme der „Kirche“ ist wie die eines Predigers in der Wüste; denn das Herz des Volkes ist zum Bruchfeld geworden. Man säete wohl, aber man erntete nicht, der Boden giebt nichts mehr heraus. Der Protestantismus hat seine Mission erfüllt. Wir wissen nicht, wie lange sich die äußerliche und offizielle Liquidation noch hinzieht, aber wir sehen mit unsern Augen, daß sie innerlich schon lange erfolgt ist.“

Und trotzdem die Lage des Protestantismus hier eine solch schlechte ist und stets sich verschlechtert, werden in Wilhelmstadt und Alte Neustadt neue — Kirchen erbaut!

— Zum Kampf der Geistlichen gegen die Sozialdemokratie. Vor kurzem veröffentlichten wir, daß vom Volksverein für das katholische Deutschland an Schulkinder ein Flugblatt verteilt wird, das gegen unsere Partei sich richtet. Das Flugblatt ist in München gedruckt und wird in unserer Gegend verbreitet. Demnach darf man wohl annehmen, daß dasselbe in ganz Deutschland und wohl auch überall unter Zuhilfenahme der Schulkinder zur Verbreitung gelangt ist. Recht Erregliches wissen die Herren Pfaffen über die Sozialdemokratie zu erzählen; eine Stelle aus dem Flugblatte sei hier mitgeteilt:

„Was die Sozialdemokraten eigentlich wollen, kannst Du auf ein Klebblatt schreiben. Sie wollen nämlich drei Stücke: 1. Die Republik, 2. allgemeine Gütergemeinschaft, 3. Abschaffung der katholischen Kirche und aller Religion. Das hat der Obergeneral der Sozialdemokraten, der Dreißigkronen-Bebel im Reichstage zu Berlin zweimal, 1872

und 1881, öffentlich und feierlich im Namen seiner Partei verkündet. Die Sozialdemokraten wollen zuerst die Republik. Die Könige und Fürsten halten sie für die geborenen und geschworenen Feinde des Volkes und wollen sie abschaffen. Begt der König freiwillig die Krone nieder und übergibt ihnen die Regierung, gut; thut er es nicht freiwillig, dann machen die Noten einmal Revolution und nehmen ihm die Krone und den Kopf auch dazu. Könige lösen, das wäre ihnen sogar ein Hauptpaß. Natürlich wollen die Sozialdemokraten nicht heut und morgen schon Revolution anfangen. Dazu sind ihrer viel zu wenig und sie wissen genau, was für Löcher die neuen Gewehre in die Monturen machen.“

In dieser Weise geht es durch das ganze Flugblatt. Mit einem langatmigen Appell an die Leser, daß nur in der Kirche, selbstverständlich diesmal in der katholischen Kirche, das wahre Heil zu suchen sei, schließt dann diese geistig so gehaltreiche Druckchrift. Wenn sich auf dieses hin nicht Tausende und Abertausende von der Sozialdemokratie abwenden und in den Schoß der allein seligmachenden katholischen Kirche rennen, dann muß die Sozialdemokratie wohl oder übel mit anderen Mächten im Bunde oder der Schreiber dieses Flugblattes ein — Gimpel sein. —

— r. Daß die evangelischen Arbeitervereine zum größten Teile aus Kleinhandwerkern und -Händlern, Werkführern und Pastoren bestehen, kann nur bekräftigt werden. Durchgängig befinden sich diese „Arbeiter“-Vereine in Händen von Leuten der Bourgeoisie, die ein großes Interesse haben an der Pflege solcher Vereine, denn sie sind noch in dem Maße befangen, der sozialistischen Bewegung fernzuhalten zu können. Daß diese Kleinmeister- resp. Mittelstandsvereine nicht können, hat die bisherige Erfahrung gelehrt. Die Arbeiter in diesen evangelischen Vereinen sind zum großen Teile Anhänger der Sozialdemokratie, ich selbst kenne eine große Anzahl. Diese Leute bestrahlen, mit dem Austritte aus jenen Vereinen Unannehmlichkeiten mit ihren Arbeitgebern zu erhalten. Thatsache ist es aber, daß die meisten Arbeiter lieber heute denn morgen solchen ungeliebten Vereinen abtun lassen; nur der Druck resp. das Abhängigkeitsverhältnis zwingt sie zum Bleiben. Daß die Arbeiter genannter Vereine in der That mit den Vereinsbestrebungen nichts gemein haben möchten und daß die meisten Sozialdemokraten sind, haben wir bei den Wahlen zum Gewerbegericht gesehen. Zu denselben waren all die frommen Leute eufucht worden, ja nicht die Sozialisten zu wählen. Die frommen Arbeiter nickten recht ernst, so daß es alle Meister, Direktoren und Pastoren sehen, gingen von dannen und wählen als ihre Vertreter die Sozialisten. Das hat viele gutgemeint sein wollende Herren der „höheren“ Stände verschmerzt und dahin geführt, daß diese so schwer gekränkten Leute sich um den Verein nicht mehr bekümmern. Daß die leitenden Personen das wissen, geht schon daraus hervor, daß zur letzten stattgefundenen Feier die Arbeitermitglieder sehr einbringend, mehr denn genug, zur Teilnahme am Aufzuge ermahnt worden sind. Herr Pastor Dr. Voranz scheint das auch zu wissen, denn ohne Grund sagte er auf dem Verhandeltage nicht, es sei dringend zu wünschen, daß die höheren Kreise sich mehr um die evangelisch-sozialistische Bewegung bekümmern. Ja: Arbeiter bleibt es nicht mehr, darum sollen Leute „besserer“ Kreise herangezogen werden. Laßt sie weiter wursteln, haben ihnen uns diese Vereine nicht. —

— Zur Verurteilung des Abg. Alb. Schmidt in Sachen des Boykotts. Als in der Sitzung am 5. Juli der Vorsitzende des Schöffengerichts das Urteil wider Schmidt verkündete, vernahmen wir, daß die Geldstrafe im Nichtbeitragsfalle in 50 Tage Haft umgewandelt werden solle. Allen im Zuscherraum fließ diese unzulässige Höhe auf, da die Haftstrafe im Höchstfalle nur 6 Wochen betragen darf. Wie nun aber war unsere Bewunderung, als wir das dem Beurteilten jetzt zugewiesene Erkenntnis durchsahen und sahen, daß im Nichtbeitragsfalle auf 50 Tage Haft erkannt wurde. Offenbar hatte sich der Gerichtshof entweder verrechnet oder der Vorsitzende sich verprochen. —

— Zur Warnung. Das vier Jahre alte Söhnchen eines Landwirts zu Brich dieser Tage an dem übermäßigen Genuß von Rischen gestorben. Das Kind hatte auf die Rischen viel Wasser getrunken. Bald darauf stellten sich Krämpfe ein und trotz ärztlicher Hilfe erfolgte der Tod noch am selben Abend unter großen Schmerzen. —

— Postales. Am 15. Juli d. J. ist in Jönitz in Vereinigung mit der Postagentur eine Telegraphen-Vertragsstelle zur Eröffnung gelangt. — In der hiesigen städtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme: der Heizer Gustav L., der mit der rechten Hand in die Steuermaschine eines Dampfers geraten war, wobei er sich die Hand verletzt hatte; die unverschämte Anna P., die im Hause ihrer Herrschaft von einer Treppe gefallen war, wobei sie sich einen Armbruch zugezogen hatte, und der Arbeiter Friedrich W., der auf dem Altan Markt von einem Traubenzugwagen gefallen war, wobei er eine Schulterverrenkung erlitten hatte. —

— Der Heilcurius für stotternde Kinder aus den Volksschulen Magdeburgs hat am Montag unter der Leitung des Lehrers Scharr begonnen. An dem Kufus nehmen 68 Kinder, Knaben und Mädchen, teil. —

— Das Volksbad benutzten in der Zeit vom 8. bis 14. Juli 1427 Männer und 391 Frauen. Handbäder wurden 526 verabreicht. — Städtischer Schlacht- und Viehhof. Anstrib am Dienstag, den 16. Juli 1895. 182 Kinder (einschl. 17 Bullen), 176 Kälber, 231 Schafvieh, 785 Schweine. —

Cracau. (Bergleit.) Dienstag abend gegen 10 Uhr vergiftete sich hier ein betrunkenen Mann Namens Meyer, der vermutlich aus M. Neustadt stammt. Seine Leiche befindet sich in der Cracauer Leichenhalle. —

Stegerleben. (Ertunten.) Am Sonntag extrant beim Angeln in der Bode der Sohn des Gutbesitzer M. von hier. Bis Montag vormittag war die Leiche noch nicht gefunden. —

Erfurt. (Berunglückte Schieferer.) Gelegentlich der Stiftungsfeier des Kriegervereins zu Bühlleben wollte ein achtzehnjähriger Bürche einen „Freudenstich“ abgeben. Durch ungeschickte Handhabung der Waffe wurde ihm hierbei eine Hand vollständig zerschmettert. —

Wittenberg. (Ueberfall.) Am Montag vormittag fiel auf einem Acker des eine halbe Stunde von hier entfernten Dominiums Rothemerk ein 25-30jähriger Mann die dort beschäftigten polnischen Arbeiterinnen an, nach der Magdeburger Zeitung in mordlicher Absicht. Er wirkte zwei herbeilen am Halse und versuchte, die dritte in die Senze zu werfen. Mit dem Herannahen einiger Arbeiter flüchtete er, wurde aber festgenommen. Da man annimmt, es mit einem Selbstmörder zu thun zu haben, überwieß man ihn zur Beobachtung seines Geisteszustandes der städtischen Krankenanstalt. —

Dalkorf. (Entsprungen.) Aus dem Frauenhause ist eine Frau entflicht, die nur mit der allerdürftigsten Kleidung versehen in der Nacht zum Sonntag nach Berlin lief, entsprungen. Hier weilte sie sich selbst nachts gegen 2 Uhr bei einem Krankenhaus und hat um Aufnahme. —

Harpen. (Arbeiter-Mißth.) Ein größliches Unglück ereignete sich auf der benachbarten See „Amalia“, indem der Bergmann Heinrich Stindemann zwischen den Förderkorb und die Schachzimmerung geriet, wodurch ihm der Kopf vollständig vom Rumpfe getrennt wurde. Der Verunglückte war 20 Jahre alt und der Ernter seiner betagten Eltern. —

Leipzig. (Meße.) Die diesjährige hiesige Michaelismesse beginnt für Groß- und Kleinhandel Sonntag, den 25. August und endet Sonntag, den 15. September. Die Lebermesse wird erst Montag, den 2. September eröffnet und die Messböden für die Leberindustrie Dienstag, den 3. September, nachmittags 2-4 Uhr im Saale der Renna Börse hier abgehalten. —

Eudenwalde. (Anstrib aus der Landeskirche.) Hier haben bereits über hundert Gemeindeglieder ihren Anstrib aus der Landeskirche bei dem dortigen Amtsgericht erklärt. Die Bewegung gegen den Superintendenten Jander nimmt von Tag zu Tag zu. —

Pajewalk. (Eine antisemitische Größe verhaftet.) Ein Führer der antisemitischen Partei, der Sattlermeister F. Kumpf ist wegen Verurteilung von Münzselbgebern verhaftet worden. —

Militärische Nachrichten.

Berlin. (Selbstmord.) Der Einjährig-Freiwillige Willy Vogner vom 4. Garde-Regiment zu Fuß, welcher vor 14 Tagen desertiert war, erschoss sich in seiner elterlichen Wohnung. —

Erlangen. (Selbstmord.) In der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. hat sich der Posten auf der Schießplatzwache erschossen. Motiv bis jetzt unbekannt. Der Soldat heißt Hartmann und ist aus Fürth gebürtig; seine militärische Führung ist tadellos. —

Hannover. (Krieg im Frieden.) Wie der Volks-wille schreibt, standen sich am Sonntag abend auf dem Schützenplatz größere Abteilungen Soldaten mit blanker Waffe gegenüber, auf der einen Seite Mannen, auf der anderen Infanteristen. Patrouillen machten der Schlägerei ein Ende. Auch die Feuerwehre hatte mit eingreifen müssen, um dem tollen Treiben ein Ende zu bereiten. Außer den zahlreichen leichten und schweren Verwundungen der beteiligten Soldaten legen zererschlagene Lampen, Biergläser und sonstiges Geschirr, sowie das mehrfach durch Degensstiche zerfetzte Zelt des Kaiserlons Zeugnis davon ab, wie unsere Vaterlandsverteidiger das Hannoverische Schützenfest auf ihre Weise zu feiern verstehen. Wie ver-lautet, soll ein ganz geringfügiger Umstand, nämlich der, daß ein Infanterist einem Mannen beim Tanzen die Sporen abgetreten hat, die Ursache zu der gelieferten Schlacht gegeben haben. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden. Für manche der Beteiligten dürfte die Angelegenheit noch unangenehme Folgen nach sich ziehen. —

Ludwigsburg. (Unglück auf dem Exercierplatz.) Auf dem Exercierplatz in Ludwigsburg ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Anlässlich der Vorstellung des 1. württembergischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 29 stießen bei einer Uebung im Angriffstempo „March marsch!“ zwei Geschütze aufeinander, dabei wurde einem Kanonier ein Bein dreimal gebrochen, einem andern mehrere Rippen eingedrückt und zwei Mann leichter verletzt. Ein Pferd mußte totgeschossen werden. Ein schenkelstarker Baum, welcher am Exercierplatz stand, wurde vom Anprall der Geschütze umgerissen. —

Paffau. (Typhus-Epidemie in der Nikolasserne.) Eine Wendung zum Bessern ist in der Kasernenuche noch nicht eingetreten. Der amtliche Bericht vom 12. Juli lautet: Kein Zu- und Abgang. Stand 100 Typhöse, 42 Typhusverdächtige, darunter 5 mit Fieber, 62 ohne Fieber, 1 mit bedrohlichen Erscheinungen. —

Parlamentarische Nachrichten.

Für die Reichstags-Enthwahl in Dortmund hat die Centrumpartei den Verleger der Tremonia, Lambert Benning, wieder als Kandidaten aufgestellt. Die National-liberalen stellen Herrn Möller (den bisherigen Vertreter) wieder auf, die Sozialdemokraten Dr. Lütgenau. Was der Bund der Landwirte machen wird, steht noch nicht fest. — Die Mitteilung, daß in der letzten Sitzung des Staatsministeriums vom Kultusminister Dr. Bosse das Lehrerbefolgungsgesetz vorgelegt worden sei, ist nicht zutreffend; die Frage der Lehrerbefolgung ist nicht zur Sprache gekommen. — Die Redaktionskommission für das bürgerliche Gesetzbuch hat ihre Beratungen vertagt, sie wird Anfang September wieder zusammen-treten, um bis Ende September den endgültigen Wortlaut des Gesetzbuchentwurfs zweiter Lesung festzustellen. Anfang Oktober wird alsdann die Gesamtkommission wieder zusammenzutreten, um den Entwurf des Einführungs-gesetzes festzustellen. — Unterstaatssekretär v. Rottenburg hat um seine Entlassung noch nicht nachgesucht, trägt sich aber mit der Absicht, um dieselbe einzukommen. —

Gefangenen, Verfolgungen etc.

Unter den 346 Prozessen, die Pastor Jzkrant in-folge seiner Reichstagskandidatur angestrengt hat, befindet sich auch einer gegen unseren Genossen Hugo, der Heraus-ggeber eines sozialdemokratischen Wahlflugblattes war. In letzterem war Jzkrant der Spenger Knüppelheld genannt und die Spenger Angelegenheit so dargestellt, als ob dort Jzkrant selbst den Knüppel gegen die Sozialdemokraten geschwungen hätte, während er thatsächlich, wie er auch seiner Zeit in einer Gerichtsverhandlung zu Vielesfeld als Zeuge ausgesagt hat, im Schlußact der Spenger Schlacht von seinen eigenen Bauern verhauen worden ist. Wenn also der Angeklagte Hugo nicht in vollem Umfange den Wahrheitsbeweis erbringen konnte, so lautete das Urteil doch nur auf die geringe Strafe von 20 Mark, weil das Gericht erklärte, daß der im Flugblatt gegen Jzkrant erhobene Vorwurf nicht ohne Unterlage gewesen sei. — In Marten bei Dortmund wurden aus einer Volks-versammlung, in der Dr. Lütgenau sprach, die Frauen polizei-lich hinarangewiesen. Das Landratsamt hat die da-gegen erhobene Beschwerde zurückgewiesen, da „die fragliche Versammlung von dem in Dortmund bestehenden Arbeiter-Wahlkomitee — einem politischen Vereine — veranstaltet worden ist, und der die Versammlung überwachende Be-amte daher die Entfernung der Frauen auf Grund des § 8 (letzter Absatz) des Gesetzes vom 11. März 1850 mit Recht verlangt hat“. Die Beschwerde wird selbstverständlich weiter geführt. —

Gingefandt.

Zur Charakterisierung der antisemitischen „Volks-freundlichkeit“.

Der Antisemit Kreuz spricht, wie ich gestern las, in Acherleben über „Wer vertritt am besten die Inter-essen der arbeitenden Stände des deutschen Volkes, die Sozialdemokratie oder die deutsch-soziale Reformpartei?“ Daß gena nter Anhänger der Reformpartei es noch wagt, öffentlich für seine „Judenschuttruppe“ — wie der anti-semitische Vater Alwardt in der letzten „Hofjäger“-Ver-sammlung sagte — Propaganda zu machen ist nur auf die Dreifheit — um keinen anderen Ausdruck zu ge-

Die Gedanken des Mannes am Fenster schienen ihm und der an dem Fenster zu sein. Die Gedanken des Mannes am Fenster schienen ihm und der an dem Fenster zu sein. Die Gedanken des Mannes am Fenster schienen ihm und der an dem Fenster zu sein.

Zweites Kapitel.

In die Arme des Mannes. Die Gedanken des Mannes am Fenster schienen ihm und der an dem Fenster zu sein. Die Gedanken des Mannes am Fenster schienen ihm und der an dem Fenster zu sein.

Die Gedanken des Mannes am Fenster schienen ihm und der an dem Fenster zu sein. Die Gedanken des Mannes am Fenster schienen ihm und der an dem Fenster zu sein. Die Gedanken des Mannes am Fenster schienen ihm und der an dem Fenster zu sein.

Sie mußte, nachdem sie ihn nun noch einmal an sich geüßt, daß die Sitte ihre Stärke sei, und ein Ueberbleibsel von Stolz besetzte sie in dem, was die Klugheit sie lehrte. Ihm ein Spielzeug sein, das er nach Gebrauch von sich werfen würde, das paßte weder in ihre berechnenden Pläne, noch gab es ihre Frauenwürde, soviel sie deren noch besaß, zu.

Die junge Frau hatte ihre Farben wiedergefunden, ihre Wangen glühten saunt, und in den blauen Augen lag ein lebhafter Glanz der Fröhlichkeit. Franz schenkte reichlich ein, und Grete, dem Wohlbehagen, das ihren Körper durchströmte, sorglos nachgebend, besand sich bald in einer fast ausgelassenen Stimmung.

